

Benjamin Opratko

## Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung Anmerkungen zum Aufstieg von AfD und FPÖ

„Sie werden sich wundern,  
was alles gehen wird.“  
*Norbert Hofer, FPÖ-Bundes-  
präsidentschaftskandidat*

In diesem Beitrag werden Überlegungen zum gegenwärtigen Aufstieg des rechten Populismus zur Diskussion gestellt, die vor allem aus der Reflexion der österreichischen Situation gewonnen wurden. Zwar muss Österreich dem rechtspopulistischer minder entwickelten Nachbarn im Norden, Deutschland, nicht unbedingt das Bild der eigenen Zukunft zeigen. Doch der Blick über die Grenze kann helfen, der bisweilen arg national-borniert geführten Debatte rund um den Aufstieg der AfD neue Dimensionen hinzuzufügen. Dieser Aufstieg ist Teil einer internationalen Dynamik, die weit über Deutschland und, in der Tat, über Europa hinausgeht. Was hier als „Zäsur im Parteiensystem“ (Kahrs 2016) gilt, stellt eher eine nachholende Entwicklung dar. In jedem Nachbarland Deutschlands (mit Ausnahme Luxemburgs) ist aktuell eine rechtspopulistische Partei mit über 15 Prozent im nationalen Parlament vertreten. Die Bundesrepublik war lange ein großes gallisches Dorf im Europa des Rechtspopulismus. Damit ist es nun vorbei.

Wie die PROKLA-Redaktion zuletzt festgehalten hat, findet der aktuelle Aufstieg der Rechten in einem „globalen Kapitalismus im Ausnahmezustand“ statt. Als „autoritärer Populismus“ reagiert der

Rechtspopulismus auf eine „organische Krise im Sinne Antonio Gramscis“ und bildet ein Element in einer „Tendenz der Faschisierung“ (PROKLA-Redaktion 2016: 526, 509, 529). Ich teile diese Einschätzung. FPÖ und AfD gehören, über alle spezifischen Unterschiede der inneren Zusammensetzung und nationalen Kontexte hinweg, zu den „Krankheitserscheinungen“, die laut Gramsci während einer großen Krise auftauchen, wenn „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ (Gramsci 1991ff.: 354).

Hegemoniekrise im Sinne Gramscis meint zunächst, dass Menschen sich nicht mehr auf die Weise führen lassen, wie sie bisher geführt wurden. Politische Institutionen, kulturelle Formen, moralische Axiome und alltägliche Routinen verlieren an Plausibilität: Krise der Führung von oben oder umgekehrt, Aufkündigung des Vertrauens von unten. Die eindrucksvollste Analyse einer solchen Hegemoniekrise wurde Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre von Stuart Hall in Großbritannien vorgelegt. Seine Untersuchung des Thatcherismus als „autoritärer Populismus“, der in die Hegemoniekrise des Nachkriegskapitalismus interveniert, bleibt bis heute unerreicht. Hall vertiefte Gramscis Erkenntnis, dass „Krise“ kein objektiv bestimmbares Ereignis, „kein gegebener Zustand“ sei, „sondern ein wirkliches Kraftfeld, in das die Kräfte der Rechten aktiv eingegriffen haben“, mit dem Ziel „die Bewegung zu einem stärker

autoritären Regime von einer massiven populistischen Basis her zu konstruieren“ (Hall 1980: 119). Hall brachte für den Thatcherismus auf den Punkt, was auch für den heutigen Rechtspopulismus gilt: „Sein Erfolg und seine Effektivität liegen nicht in seiner Fähigkeit begründet, arglose Leute zu täuschen, sondern in der Weise, in der er wirkliche Probleme, wirkliche und gelebte Erfahrungen, wirkliche Widersprüche anspricht – und sie zugleich in einer diskursiven Logik repräsentiert, die sie systematisch in Einklang mit den Programmen und Klassenstrategien der Rechten bringt“ (Hall 1979: 20, Übers.: B.O.). Um diesen Vorgang zu verstehen, müssen wir untersuchen, wie die Rechte verschiedene Krisendimensionen, wie sie Probleme, Erfahrungen und Widersprüche aufruft, zum Gegenstand ihrer Politik macht und miteinander verkettet. Zu fragen ist also zunächst, auf *welche Elemente* der Krise die Rechte *auf welche Weisen* reagiert. Ausgangsthese ist, dass der neue rechte Populismus Teilen der Bevölkerung subjektive Formen anbietet, die gegenwärtige Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus zu leben. Das heißt nicht notwendig, dass damit Lösungen der objektiven Widersprüche verbunden wären. Er bietet aber eine Sprache an, um diese Widersprüche in Worte zu fassen, und ein Repertoire an Haltungen, um sie zu ertragen. Rechte Politik ist Subjektivierungsangebot: Sie fungiert als Affektleiter und Identitätsstifter qua Ausgrenzung. Diese Überlegung soll im Folgenden anhand ausgewählter Krisenaspekte vertieft und illustriert werden.<sup>1</sup>

## Die Krise der politischen Repräsentation

Augenfällig ist erstens, dass der autoritäre Populismus eine *Krise der politischen Repräsentation* bearbeitet. Damit ist nicht allein die sinkende Wahlbeteiligung gemeint, die Teile des Wahlvolkes systematisch aus dem Verhältnis parlamentarischer Repräsentation ausschließt (vgl. Schäfer 2015; Kahrs 2015). Grundlegender verweist sie darauf, dass eine Reihe öffentlicher Angelegenheiten der demokratischen Deliberation und Entscheidungsfindung überhaupt entzogen werden. Colin Crouch brachte diese Krisendynamik Anfang der 2000er Jahre auf den Begriff der „Postdemokratie“. Ihm zufolge verkommen Wahlen zum Spektakel, während „die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht“ wird (Crouch 2008: 10). Ergebnis sei eine „Form der Politik, die wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten wird“ (ebd.: 133). Crouchs Ursachenbestimmung für diese Dynamik mag oberflächlich sein (vgl. kritisch Demirović 2013), im Kern benennt er damit jedoch einen realen Prozess. Bereits Anfang der 1990er Jahre hatte Stephen Gill aus hegemonietheoretischer Sicht einen „neuen Konstitutionalismus“ als politische Form des neoliberalen Projekts identifiziert: „die Tendenz zur Schaffung rechtlicher oder konstitutioneller Mittel, um die neuen ökonomischen Institutionen öffentlicher Kontrolle oder demokratischer Verantwortlichkeit zu entziehen“ (Gill 1992: 165). Diese Tendenz wurde in der Eurokrisenpolitik der europäischen Regierungen ab 2008 noch verstärkt, als die Vergesellschaftung der von Finanzmarktakteuren verursachten Schulden

1 Ich danke Manuela Bojadžijev, Katherine Braun, Manuel Liebig und Alexandra Heiter für kontinuierlichen Austausch zum Zusammenhang von Krise und Rassismus, sowie den TeilnehmerInnen an der

BdWi-Herbstakademie „Europe what's next?“, wo ich einige dieser Überlegungen zur Diskussion stellen durfte.

als alternativlos dargestellt, Demokratie „marktkonform“ (Angela Merkel) gestaltet wurde. Was bleibt, sind massenhaft geteilte Erfahrungen des politischen Kontrollverlusts und der Entfremdung von Institutionen der repräsentativen Demokratie. Diese Erfahrungen werden vom Projekt des autoritären Populismus in zwei Formen artikuliert. Erstens, indem rechtspopulistische Parteien die Wiederherstellung politischer Handlungsfähigkeit durch neue, direktere Repräsentationsverhältnisse versprechen. Als „Stimme“ oder „Anwalt“ des Volkes sollen „starke“ PolitikerInnen agieren, um Interessen auch gegen behauptete Alternativlosigkeit durchzusetzen. Das spektakulärste Beispiel dafür lieferte im abgelaufenen Jahr die rechte Brexit-Kampagne. Aber auch Norbert Hofer bediente dieses Motiv im österreichischen Präsidentschaftswahlkampf. In einem denkwürdigen Fernsehmoment reagierte er auf den Hinweis der Moderatorin, dass die österreichische Realverfassung dem Bundespräsidenten kaum politische Gestaltungsmöglichkeiten biete, die Umsetzung seiner Forderungen also gar nicht möglich sei, unwirsch: „Sie werden sich wundern, was alles gehen wird!“.

Zweitens wird eine Stärkung „direkter Demokratie“ als Heilmittel für die Krise der Repräsentation dargestellt. Die Ausweitung plebiszitärer Elemente ist seit Langem programmatischer Kernbestand der FPÖ und ihrer Schwesterparteien. Damit soll einerseits der Schutz von Minderheitenrechten umgangen, vor allem aber die Illusion eines intelligiblen Volkswillens geschürt werden. Das autoritäre Versprechen der Wiederherstellung politischer Kontrolle gewinnt seine Attraktivität aus der realen Einschränkung demokratischer Gestaltungsmacht im neoliberalen Kapitalismus. Das heißt aber nicht, dass das Versprechen sich auch auf jene Fragen bezieht, die dem demokratischen Spiel

wirklich entzogen wurden. Charakteristisch für den autoritären Populismus ist, dass er gerade nicht die verhärtete Klassenmacht der Eliten angreift, sondern das Feld des Kontrollgewinns verschiebt hin zu Fragen der Kriminalität, der sexuellen Moral und vor allem der Migration. Der wichtigste politische Erfolg der Rechten im Jahr 2016 war, die Bewegung der Geflüchteten im Alltagsverstand weiter Teile der Bevölkerung als Metapher für den politischen Kontrollverlust schlechthin zu platzieren. Die Forderung nach geschlossenen Grenzen wird so zum Symbol für die Wiederherstellung populärer Souveränität.

## Die Krise der Öffentlichkeit

Eine zweite Dimension ist die *Krise der Öffentlichkeit*. Gramsci beschrieb die große Hegemoniekrise seiner Zeit als Phase, in der „die großen Massen sich von den großen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten“ (Gramsci 1991ff.: 354); charakteristisch sei ein „verbreiteter Skeptizismus“ (ebd.: 355). Auch hierin ähnelt unsere Gegenwart früheren Krisenverläufen. Nicht nur politische Parteien sind von der Aufkündigung des Vertrauens betroffen, sondern auch andere Institutionen der Zivilgesellschaft, die Meinungsführerschaft beanspruchen. Dies betrifft in besonderer Weise die Medien (vgl. Hagen 2015). Hier trifft die Krise der Autoritäten auf einen komplexen technologischen Wandel, der von der informations- und kommunikationstechnologischen Revolution und den Verwertungsstrategien des Internet-Kapitals angestoßen wurde. Durch Facebook und andere soziale Online-Medien wird Öffentlichkeit zugleich vernetzt, vervielfacht und aufgeteilt. Die Auswahl an Informationen, die dem/der UserIn bereitgestellt werden, beruht auf der algorithmenbasierten Personalisierung,

d.h. des passgenauen Zuschnitts von Interessen und Vorlieben des bzw. der Einzelnen. Das Resultat ist ein technischer „Filterbubble-“ oder „Echokammer-Effekt“, der weitreichende politisch-kulturellen Konsequenzen hat: „Der Trend, sich in Enklaven der gleichen Meinung zurückzuziehen“ (Dahlgreen 2014: 198, Übers.: B.O.). Dieser Trend betrifft keineswegs nur „das Internet“, sondern trägt zu einem Strukturwandel der Öffentlichkeit bei: Gemeinsame Referenzräume für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse verschwinden und werden durch ungleich vernetzte Teilöffentlichkeiten ersetzt. Jodi Dean interpretierte diesen Prozess bereits 2010 als „Verlust der symbolischen Effizienz“. „Wenn die Effizienz eines Symbols dessen Mobilität darstellt, seine Fähigkeit, Bedeutung nicht nur von einer Person auf die andere, sondern von einem Setting in ein anderes zu übertragen, dann verweist der Verlust symbolischer Effizienz auf eine Immobilität oder ein Scheitern der Übertragung. [...] Dieser Verlust symbolischer Effizienz ist eine fundamentale Eigenschaft des kommunikativen Kapitalismus“ (Dean 2010: 5, Übers.: B.O.).<sup>2</sup>

Rechtspopulistische Projekte haben diese Prozesse früher als andere politische Akteure erkannt und effektiver darauf reagiert. Ganz deutlich wurde dies jüngst bei der erfolgreichen Kampagne von Donald Trump. Diese setzte stark auf datenbasierte, personalisierte Online-Kommunikation (vgl. Winston 2016). Doch auch die FPÖ ist dafür ein gutes Beispiel. Ihr gelingt es seit mehreren Jahren, Online-Teilöffentlichkeiten mit brutaler Virtuosität zu bespielen. Die Facebook-Seite von Heinz-Christian Strache hat mehr als eine

halbe Million *likes* und erreicht damit weit mehr Menschen als jeder andere politische Auftritt in Österreich. Sie ist selbst aber nur ein Knotenpunkt in einem Ökosystem von Accounts, Seiten und Blogs der Rechten. Darin zirkulieren Deutungsansprüche, die als Information verpackt werden. Straches PR-Team hat dafür eine besonders effektive Form gefunden. Meist werden auf dem Facebook-Account Berichte gepostet,<sup>3</sup> in denen es um eines der gepflegten Feindbilder geht – Flüchtlinge, Muslime, Schwule, Feministinnen – und nur mit einem lakonischen „Zur Info“ versehen. Das Narrativ dazu entsteht dann durch die Kommentare der NutzerInnen. Möglich wird dies, weil Facebook die beliebtesten Kommentare systematisch nach oben reiht.

Der autoritäre Populismus befeuert einen paranoiden Diskurs, der die Krise der Autoritäten paradox verstärkt und aufhebt. Verstärkt wird der „Skeptizismus“ gegenüber jenen Medien und Berichten, die sich nicht in den rechten Antagonismus eingemeinden lassen. Diese Strategie haben AfD und Pegida mit dem Schlachtruf der „Lügenpresse“ vielleicht am weitesten getrieben. Aufgehoben wird er in einer Gemeinschaft, die nur die Autorität jener anerkennt, die sich erfolgreich als „Anwalt des Volkes“ positionieren. Die Kommunikationswissenschaftlerin Zizi Papacharissi hat jüngst den Begriff der „affektiven Öffentlichkeiten“ (*affective publics*) geprägt. Politik auf vernetzten Plattformen, so ihre These, basiert auf affektiven Prozessen. „Diese Prozesse produzieren affektive Aussagen, die Fakten mit Meinung und

2 Ich danke Clemens Aprich für diesen Hinweis.

3 Die Berichte kommen manchmal von FPÖ-nahen Seiten wie unzensuriert.at, am häufigsten wird aber die Kronenzeitung verlinkt. Für eine detaillierte Analyse der FPÖ-Aktivitäten auf Facebook vgl. Maan/Schmid 2016.

Emotion auf eine Weise vermischen, die unsere Art, in unserem Alltag politisch zu reagieren, simuliert“ (Papacharissi 2015: 27, Übers.: B.O.). Papacharissi verfolgte diese Prozesse vor allem in Hinblick auf demokratische Bewegungen und Protest. Doch die Bildung affektiver Öffentlichkeiten ist in den letzten Jahren, jedenfalls in Deutschland und Österreich, vor allem der populistischen Rechten gelungen. Sie nutzt den Strukturwandel der Öffentlichkeit nicht zur demokratischen Mobilisierung und partizipativen Öffnung, sondern zur Multiplikation symbolischer Gewalt und zur Verhärtung der eigenen Identität. Dies ist die vielleicht wichtigste autoritäre Bearbeitungsform der Krise der Öffentlichkeit: die Herstellung von Bindungen durch ein komplexes System von Zeichen und Bildern in den eigenen Echokammern. Auch hier ist es nicht beliebig, *welche* Zeichen und Bilder diese Bindungen stiften. Sie gründen sich auf Konstruktionen von Fremdheit, verdichtet in diskursiven Figuren: „der Flüchtling“, „die Muslimin“ oder zuletzt: „der Nordafrikaner“.

## Die ökonomische Krise

Drittens agiert der autoritäre Populismus auch unter den Bedingungen einer *ökonomischen Krise*. Zu Ursachen und Verlauf der Weltwirtschaftskrise sowie deren Formwandel in Währungs- und Schuldenkrisen seit 2008 liegen inzwischen zahlreiche Untersuchungen vor. Die PROKLA-Redaktion hat zuletzt eine prägnante Zusammenfassung dargelegt (PROKLA-Redaktion 2016: 514ff.) und weist darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Rechtsruck komplex ist. Es sind nicht bloß die „Abgehängten“, die der AfD zuströmen. Die WählerInnen der Rechten in Deutschland und Österreich bilden eine

klassenübergreifende Allianz mit einem starken Kern aus FacharbeiterInnen mit Lehrausbildung bzw. mittlerer Reife. Die ökonomische Krisenlage vermittelt sich diesen Klassenfraktionen vor allem als Abstiegsangst aus einer Position relativer Fallhöhe.

Oliver Nachtwey hat die Artikulation der ökonomischen Krise in Deutschland anschaulich als *Abstiegsgesellschaft* beschrieben: Soziale Aufstiegskanäle werden enger, die „Treppe des Abstiegs [...] bedeutend steiler“ (Nachtwey 2016: 153). „Für breite Teile der Mittelschicht“, so Nachtwey, „hat nicht die reale Bedrohung, sondern maßgeblich die *Sorge* vor dem Absturz zugenommen (ebd.: 152; Herv. i.O.). Trotzdem reicht der Verweis auf „Statusängste“ nicht aus, um zu erklären, warum diese in solch starkem Ausmaß dem rechten Populismus zugutekommen. Hier stehen qualitativ ausgerichtete sozialwissenschaftliche Untersuchungen noch weitgehend aus. Hinweise liefert etwa Klaus Dörre, der anhand empirischer Betriebsuntersuchungen eine „Tendenz zu exklusiver Solidarität“ vor allem in Kernbelegschaften ausmacht. Sie speise sich aus einem verinnerlichten „Gebot der Leistungsgerechtigkeit“. „Der Zorn richtet sich gegen jene, die – vermeintlich – die Bewährungsproben meiden und sich so dem Gebot der Leistungsgerechtigkeit entziehen. Das Verhalten von Erwerbslosen, Hilfebedürftigen und auch von Geflüchteten erscheint den Festangestellten als Gerechtigkeitsproblem“ (Dörre 2016: 269). Der autoritäre Populismus bearbeitet also einen von der Krise der Kapitalverwertung aufgespannten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Klassengesellschaft, d.h. eine Krise der *moralischen Ökonomie* des Neoliberalismus (Palomera/Vetta 2016). Das meritokratische Versprechen, Selbstoptimierung und Konkurrenzverhalten mit individuellem Aufstieg zu

belohnen, klingt in der Abstiegs-gesellschaft zunehmend hohl. Der Rechtspopulismus bietet eine Verarbeitungsform dieser Erfahrung. Sie überhöht den Leistungsanspruch und richtet ihn gegen jene, die vermeintlich leistungslos leben. Dabei trifft sie auf ein aus der Faschismusforschung bekanntes sozial-psychologisches Muster. Wer sich geprellt und um die Früchte seiner Anstrengungen gebracht sieht, überaffirmiert die an ihn gestellten Ansprüche und projiziert Frustration auf jene, denen Privilegien unterstellt werden: „Uns wird ja auch nichts geschenkt!“ Diese Erzählung verfängt, auch wenn die rechten Parteien kein glaubwürdiges Konzept zum Ausstieg aus der Abstiegs-gesellschaft anbieten. Im Gegenteil steht ihre politische Programmatik mehrheitlich für eine autoritäre Verschärfung jenes neoliberalen Projekts, das die sozialen Verwerfungen selbst produziert.<sup>4</sup>

## Das rechtspopulistische Projekt

Die hier aufgeführten Dimensionen – die Krise der politischen Repräsentation, die Krise der Öffentlichkeit und die Krise der (moralischen) Ökonomie – sind nur

drei in einer weit komplexeren Krisen-konstellation, in und mit der die Rechte gegenwärtig Politik macht. Krisen der Geschlechterverhältnisse, des imperialistischen Weltsystems, der Naturverhältnisse und der Migrationsregime bilden wiederum je spezifische Widerspruchsfelder, die auf ihre jeweilige Bearbeitung durch den autoritären Populismus hin untersucht werden müssten. Entscheidend scheint mir, dass die Strategien des Rechtspopulismus ein Subjektivierungsangebot machen; sie operieren auf der Ebene der „Volksmoral“. „In Phasen sozialer Umwälzung und Veränderung bietet sie einen moralischen Bezugspunkt, der die Erfahrung zugleich aufgreift und in seinen wertenden Kategorien ordnet“ (Hall 1980: 116). Wer das Subjektivierungsangebot annimmt, kann in einer als feindselig wahrgenommenen Welt eine Haltung trotziger Selbstbehauptung reklamieren. Dieses Angebot verfügt offensichtlich über je nach Klassenlage und soziokulturellem Milieu unterschiedlich ausgeprägte Anziehungskraft. Was jene eint, die dazu neigen es anzunehmen, ist (a) ein pessimistischer Ausblick auf die persönliche und gesellschaftliche Zukunft<sup>5</sup> und (b) eine „soziale Heimat“, die es ihnen erlaubt, sich einem Normkollektiv zuzurechnen: als DeutscheR, ÖsterreicherIn

4 Zugleich existiert eine derzeit minoritäre Strömung in Parteien wie AfD und FPÖ, die auf ein national-soziales, protektionistisches Projekt setzt. Der vehemente Einsatz der FPÖ gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA ist ein Hinweis darauf. Auch in der AfD ist die Auseinandersetzung zwischen autoritär-neoliberalen und national-sozialen (einschließlich klar faschistischen) Strömungen noch nicht entschieden (vgl. dazu die laufende Berichterstattung und Analyse von Andreas Kemper auf [www.andreaskemper.org](http://www.andreaskemper.org)). Es ist nicht auszuschließen, dass eine populistische Rechte an der Regierung die dosierte Konfrontation mit Fraktionen des Finanzkapitals suchen und dafür Teile der Mittelklassen alimentieren würde.

5 Eine Studie zur Bundespräsidentenwahl in Österreich kam jüngst zu dem Schluss: „Für das Wahlverhalten spielte diese Zukunftssicht eine entscheidende Rolle: WählerInnen von Norbert Hofer sind deutlich pessimistischer, er erhielt deutlich mehr Stimmen von diesen Befragten: Personen, die eine negative Entwicklung erwarten, stimmten zu 70 Prozent für den FPÖ-Kandidaten. Optimistisch gestimmte Personen und jene, die keine großen Änderungen erwarten, wählten hingegen mit 73 bzw. 59 Prozent mehrheitlich Van der Bellen.“ (SORA/ISA 2016: 9).

oder EuropäerIn, aufrechteR ChristIn oder aufgeklärteR LiberaleR, als Verkörperung des Abendlandes. In dieser vorgestellten Gemeinschaft werden soziale Klassenunterschiede symbolisch eingeblendet, das Kollektiv der moralisch Überlegenen den rückständigen, degenerierten oder gefährlichen Anderen entgegengestellt. Die AfD ist nicht bloß momentan fehlgeleiteter Ausdruck von Protest, sondern repräsentiert das, was Etienne Balibar einmal als „Netz von Gefühls-Stereotypen“ bezeichnet hat, die zur Bildung einer „rassistischen Gemeinschaft“ führen (Balibar 1991: 24). In Deutschland findet sich diese Gemeinschaft in einer das eigene Welt- und Selbstverständnis strukturierenden „Ablehnungskultur“ wieder (Bojadžijev/Opratko 2016). Es ist der Rassismus – vor allem gegen MigrantInnen, Geflüchtete und MuslimInnen – der die ideologische Klammer des autoritären Populismus bereitstellt.

Die rechtspopulistischen Projekte Europas verfolgen, unter anderem auch, weil sie aus der desaströsen Koalitionsbeteiligung der FPÖ in Österreich 2000-2006 gelernt haben<sup>6</sup>, kein Regierungsprojekt, sondern ein *Staatsprojekt*. Ziel ist eine tiefgreifende Transformation des „integrierten Staates“, einschließlich der gemeinhin als Zivilgesellschaft genannten Organe wie Rundfunk und Presse, Kunst- und Kulturinstitutionen, Schulen und Universitäten. Mit Viktor Orbans Ungarn, möglicherweise mit Jarosław Kaczyńskis Polen existieren konkrete Modelle dieser Transformation, an denen FPÖ und AfD sich orientieren. Sie wollen nicht bloß anders regieren. Sie streben das Bündnis

eines sich nach Ordnung und Kontrolle sehnenen Teils des Volkes mit einer Ordnung und Kontrolle versprechenden Elite an. Dabei können sie auf Mittel zählen, die von konservativen, liberalen und sozialdemokratischen PolitikerInnen vorab bereitgestellt werden: die Militarisierung der Polizei, die Ausweitung der Überwachung, das Suspendieren des Rechtsstaats, der Einsatz von Notstandsmaßnahmen. Lukas Oberndorfer hat diesen Prozess als „autoritäre Wende *innerhalb* der ‚liberalen‘ Institutionen“ bzw. als „autoritäre Neuzusammensetzung bürgerlicher Herrschaft“ punktgenau analysiert (Oberndorfer 2016: 579; 573; Herv. i.O.). Er ist eine der Möglichkeitsbedingungen für das rechtspopulistische Projekt.

Dem politischen Rechtsrutsch etwas entgegenzusetzen, ist eine langfristige strategische Aufgabe. Taktische Manöver – ein bisschen volksnaher Zungenschlag hier, ein wenig populistische PR-Provokation da – tragen zu ihrer Bewältigung wenig bei, egal ob sie von Grünen, SozialdemokratInnen oder Linken abgehalten werden. Ein adäquates Verständnis der Funktionsweisen des Rechtspopulismus ist eine Voraussetzung dafür, die Herausforderung systematisch anzugehen. Die Geschichte des Aufstiegs der FPÖ bietet jedenfalls reichhaltiges Anschauungsmaterial für das Scheitern, ihr etwas entgegenzusetzen. Dies betrifft insbesondere auch Strategien, die der rechten Krisendeutung nachgeben und sich auf die autoritär präformierten Felder der Sexualmoral, der Kriminalität und der Grenzpolitik einlassen. Ebenso wenig kann eine linke Gegenstrategie sich jedoch auf das Sammeln der Stimmen der (noch) Zufriedenen und Zuversichtlichen zurückziehen, oder der rechten Mobilisierung der Affekte ein Insistieren auf die vernünftige Einsicht in Fakten entgegenstellen (Boos/Opratko 2016). Sie müsste

6 Die FPÖ fiel bei den Wahlen 2002 von 27 auf 10 Prozent der Stimmen und spaltete sich 2005 im Streit um die Fortführung der Regierungsbeteiligung.

wohl nicht weniger entwickeln als ein alternatives Angebot der Krisenbearbeitung, in dem sich eine subjektive Haltung der Dissidenz mit Schritten zur Überwindung jener objektiven Widersprüche verbindet, die uns diese Anstrengungen abverlangen.

## Literatur

- Balibar, Etienne (1991): Gibt es einen Neo-Rassismus? In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel: *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg: 23-38.
- Bojadžijev, Manuela/Opratko, Benjamin (2016): Von der Willkommens- zur Ablehnungskultur? In: *Forum Migration* Nr. 12: 6.
- Boos, Tobias/Opratko, Benjamin (2016): Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft darf niemals siegen. In: *spw* Nr. 215: 30-37.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.
- Dahlgren, Peter (2014): Social Media and Political Participation: Discourse and Deflection. In: Fuchs, Christian/Sandoval, Marisol (Hg.): *Critique, Social Media and the Information Society*. London-New York: 191-202.
- Dean, Jodi (2010): *Blog Theory. Feedback and Capture in the Circuits of Drive*. Cambridge.
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: *PROKLA* 43(2), 193-215.
- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In: Rehberg, Karl-Siebert/Kunz, Franziska/Schlinzig, Tino (Hg.): *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung? Analysen im Überblick*. Bielefeld: 259-274.
- Gill, Stephen (1992): The emerging World order and European change: The political economy of European Union. In: *Socialist Register* 1992, 157-196.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Hamburg.
- Hagen, Lutz (2015): Nachrichtenjournalismus in der Vertrauenskrise. In: *Communicatio Socialis* 48(2): 152-163.
- Hall, Stuart (1979): The Great Moving Right Show. In: *Marxism Today* Nr. 1: 14-20.
- (1980): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Ders.: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*, Ausgewählte Schriften 5. Hamburg 2014: 101-120.
- Kahrs, Horst (2015): *Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten. Neuere Befunde aus der Wahlforschung zum Zusammenhang von Prekarisierung, sozialer Fragmentierung sozialräumlicher Klassenbildung und Wahlbeteiligung*. Institut für Gesellschaftsanalyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Working Paper 2/2015.
- (2016): Eine erneute Zäsur im Parteiensystem. In: *Sozialismus* Nr. 4: 2-6.
- Maan, Noura/Schmid, Fabian (2016): „Zur Info“: Das Facebook-Universum des Heinz-Christian Strache (2.10.2016). URL: [derstandard.at/2000044079645/Zur-Info-Das-Facebook-Universum-des-HC-Strache](http://derstandard.at/2000044079645/Zur-Info-Das-Facebook-Universum-des-HC-Strache), Zugriff: 9.1.2017.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin.
- Oberndorfer, Lukas (2016): Europa und Frankreich im Ausnahmezustand? Die autoritäre Durchsetzung des Wettbewerbs. In: *PROKLA* 46(4): 561-581.
- Palomera, Jaime/Vetta, Theodora (2016): Moral economy: Rethinking a radical concept. In: *Anthropological Theory* 16(4): 413–432.
- Papacharissi, Zizi (2015): *Affective Publics. Sentiment, Technology, and Politics*. Oxford-New York.
- PROKLA-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: *PROKLA* 46(4): 507-542.
- Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt/M.
- SORA/ISA (2016): Wahlanalyse Wiederholung Stichwahl Bundespräsidentenschaft 2016. URL: [www.sora.at](http://www.sora.at)
- Winston, Joel (2016): How the Trump Campaign Built an Identity Database and Used Facebook Ads to Win the Election. URL: [medium.com/startup-grind/how-the-trump-campaign-built-an-identity-database-and-used-facebook-ads-to-win-the-election-4ff7d24269ac#.c524pitc7](http://medium.com/startup-grind/how-the-trump-campaign-built-an-identity-database-and-used-facebook-ads-to-win-the-election-4ff7d24269ac#.c524pitc7). Zugriff: 9.1.2017.